

Deutschland braucht mehr Prävention

Vertreterversammlung der KZBV fordert Neuausrichtung der Gesundheitspolitik



Das Defizit in der gesetzlichen Krankenversicherung wächst, die Beiträge steigen – auch in der privaten Krankenversicherung. Die Politik ringt um Lösungen, wie der Sozialstaat finanzierbar bleibt. Für die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV) ist klar: Prävention ist der wichtigste Baustein, um die Gesundheitsausgaben dauerhaft zu stabilisieren.

Die Mitglieder der Vertreterversammlung (VV) der KZBV appellierten deshalb an die Bundesregierung, die Erfolge der präventionsorientierten Zahnmedizin zum Vorbild für alle Sektoren im Gesundheitswesen zu nehmen. Konsequente Vorsorgeorientierung und die Stärkung der Eigenverantwortung der Patienten könnten Kosten senken, ohne dass es zu Qualitäts- und Leistungseinbußen komme. Martin Hendges, Vorsitzender des Vorstands der KZBV: „Völlig zurecht nimmt die Politik immer wieder Bezug auf die positiven Ergebnisse der in diesem Jahr veröffentlichten Sechsten Deutschen Mundgesundheitsstudie. Die Gesundheitskompetenz und die Mundgesundheit in Deutschland haben sich stetig und nachhaltig verbessert. Der Schlüssel dieses Erfolges liegt in unserer konsequenten Präventionsausrichtung. Dies wird zwar seitens der Politik auch so wahrgenommen, und es wird viel über Prävention gesprochen. Das allein reicht aber nicht aus. Vielmehr sollte es der Bundesregierung ein Kernanliegen sein, diese Erfolge nachhaltig zu sichern und zum Vorbild für anstehende Reformen im Gesundheitswesen zu nehmen. Der zahnärztliche Bereich hat gezeigt, dass sich damit auch die GKV-Ausgaben stabilisieren lassen.“

Hendges warnte jedoch vor weiteren Kostendämpfungsmaßnahmen: „Jegliche Spareingriffe machen die von uns erreichten Erfolge innerhalb kürzester Zeit wie-

der zunichte und haben schwerwiegende Auswirkungen auf die Versorgung und somit letzten Endes auf die Mund- und Allgemeingesundheit von Millionen Patientinnen und Patienten.“ Bediene sich die Politik solcher kurzsichtigen Instrumente, müsse sie für die Konsequenzen auch die Verantwortung tragen. Eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe zahnärztliche Versorgung werde nur mit verlässlichen politischen Rahmenbedingungen zukunftsfest. Das hieße vor allem: der Abbau übermäßiger Bürokratie, eine praxisgerechte Digitalisierung und Planungssicherheit, so Hendges.

Die VV forderte die Bundesregierung erneut auf, schnellstmöglich ein Gesetz zum Bürokratieabbau im Gesundheitswesen vorzulegen. Auch das im Koalitionsvertrag verankerte Vorhaben, investorengetragene Medizinische Versorgungszentren (iMVZ) stärker zu reglementieren, müsse endlich umgesetzt werden. Ferner müsse die Selbstverwaltung als unverzichtbare Säule und Gestaltungsmotor der Versorgung in Deutschland nachhaltig gestärkt werden. Intensiv diskutierten die Delegierten auch darüber, ob der Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung reduziert werden soll. Dafür fand sich aber keine Mehrheit.

Dringenden Handlungsbedarf sahen die Delegierten nach wie vor auch bei den Digitalisierungsprozessen. Technische Stö-

rungen und funktionale Einschränkungen, wie sie beispielsweise bei der elektronischen Patientenakte (ePA) immer wieder auftreten, sind inakzeptabel. Für Dr. Karl-Georg Pochhammer, stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der KZBV, ist dies ein überwiegend strukturelles Problem. Die mit der Umsetzung der Telematik-Infrastruktur (TI) beauftragte gematik brauche eine klare und übergeordnete Zuständigkeit und alle notwendigen Ressourcen und Befugnisse, um die Betriebsstabilität der TI wieder in den Griff zu bekommen. „Wichtig ist daher, von Anfang an großen PDF-Datenmengen und vor allem Datengräbern vorzubeugen“, so sieht es auch die neue stellvertretende Vorsitzende des Vorstands der KZBV, Meike Gorski-Goebel. Hierfür habe die KZBV für die strukturierten Medizinischen Informationsobjekte (MIO) „zahnärztlicher Implantatpass“ und „zahnärztlicher Basiseintrag“ Konzepte ausgearbeitet, die bei Priorisierung durch den Gesetzgeber bereitstehen.

Gorski-Goebel appellierte eindringlich, die Expertise der Selbstverwaltung in die anstehenden Prozesse einzubinden und damit auch die Erfahrungen aus der Praxisrealität. „Wir haben gezeigt, wie praxistaugliche Digitalisierung funktioniert“, sagte sie. Bestes Beispiel hierfür sei das elektronische Beantragungs- und Genehmigungsverfahren (EBZ).

Redaktion

Lässt alle Wünsche wahr werden



4 MM UNIVERSAL-COMPOSITE IN 5 CLUSTER-SHADES

- **Universell:** Für Front- und Seitenzahnbereich
- **Kein Schichten:** Bis 4 mm Inkrementstärke
- **Höchste Stabilität:** 91 % Füllstoffgehalt
- **Exzellente Ästhetik:** Hervorragende Polierbarkeit
- **5 Cluster-Shades:** Abdeckung aller 16 VITA® classical Farben



GrandISO
Unlimited



VOCO
DIE DENTALISTEN